

## informiert

Die FDP in der Bürgerschaft will deutlich mehr Qualitätsmerkmale von Schulen als Ergebnis der Schulinspektion veröffentlichen lassen als bisher. In einem Bürgerschaftsantrag fordert die FDP-Bildungspolitikerin Anna von Treuenfels, auch das Abschneiden der Schüler\_innen einer Schule bei Vergleichsarbeiten, Lernstandserhebungen und Abschlussprüfungen sowie die Quote der Schulabbrecher\_innen öffentlich zu machen, bei Grundschulen zudem noch den Anteil der Gymnasialempfehlungen. Auch sollen die Eltern sich darüber informieren können, wie viele Schüler\_innen einer Schule an dem kostenlosen Nachhilfeprogramm „fördern statt wiederholen“ teilnehmen und welcher Anteil von Kindern ein Gymnasium nach der sechsten Klasse verlassen muss.

## erhört

Fehlendes Personal, ungerechte Ressourcenverteilung und zu wenig Räume im Ganzttag – das sind fast ein halbes Jahr, nachdem die ganztägige Bildung und Betreuung (GBS) an 200 Grundschulen eingeführt wurde, nach wie vor die großen Kritikpunkte. Der Ganztagschulverband Hamburg warnt davor, dass die Stadt mit der Einführung der GBS „auf einem verhängnisvollen Weg“ sei. 4713 Eltern unterstützen bereits per Online-Petition den Protest (die hlz berichtete: 10-11/13, S. 10). Sie fordern bessere Betreuung und größere Räume. Die Petition hat immerhin zu einem ersten Treffen zwischen Schulbehörde und Elternvertretern geführt; weitere Gespräche sollen folgen.

## fördern und fordern

Eine bessere Ausstattung für die 200 Schulen mit Ganztägiger Betreuung (GBS) forderte die Linksfraktion in der Bürgerschaft. Insbesondere für die Inklusion behinderter Kinder seien die derzeitigen Personalschlüssel viel zu knapp. Deshalb solle die Stadt mit den Trägern neu verhandeln. Außerdem forderte sie eine externe Evaluation, eine Beschwerdestelle für Probleme, bessere Räume und ein kostenloses Mittagessen. „Wir fassen die Kritik in der Stadt zusammen“, sagte der Abgeordnete Mehmet Yıldiz. Er hoffe, dass die anderen Oppositionsfraktionen die Anliegen unterstützen.

## benachteiligt

An Stadtteilschulen wird der Unterricht in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Biologie wesentlich häufiger von fachfremden Lehrkräften erteilt als an Gymnasien. Das ergeben zwei Anfragen der Fraktion DIE LINKE (Drs. 20/9641 und 20/9979). Der SPD-Senat hatte versprochen, die Stadtteilschulen zu einem Erfolgsmodell zu machen, tatsächlich erhalten aber die Stadtteilschulen wesentlich weniger Fachlehrkräfte. So wird in den Gymnasien nur 3,4 Prozent des Mathematik-Unterrichts von fachfremden Lehrkräften erteilt, an den Stadtteilschulen dagegen 15,1 Prozent – mehr als das Vierfache.

## schreiben

Die Rechtschreibung soll an den Hamburger Grundschulen ein stärkeres Gewicht erhalten. Schulsenator Ties Rabe (SPD) will zum nächsten Schuljahr

einen verbindlichen Kernwortschatz festlegen, den die Schüler\_innen am Ende der vierten Klasse beherrschen sollen. „Der Kernwortschatz soll rund 800 Wörter (Bayern 700!) umfassen, die wir in der Schulbehörde bis zum Sommer erarbeiten wollen“, sagte Rabe. Der Senator rechnet mit „turbulenten Diskussionen“ über die Auswahl der Wörter. Darüber hinaus soll die „Hamburger Schreib-Probe“ flächendeckend zum Einsatz kommen. Das Testverfahren wurde vom Hamburger Bildungsexperten Peter May entwickelt und wird in anderen Bundesländern schon eingesetzt. Die Ergebnisse sollen die Schwächen der einzelnen Schüler\_innen ganz genau aufzeigen. Die Methode „Lesen durch Schreiben“, bei der Kinder anfangs ohne Korrektur einfach drauflos schreiben, wird endgültig verboten.

## krank

Die Situation für psychisch kranke Kinder und Jugendliche wird offenbar immer dramatischer. Nach Zahlen der Techniker Krankenkasse (TK) gibt es einen Anstieg von 60 Prozent bei jungen Leuten, die in Hamburg wegen einer Depression stationär behandelt werden mussten. Von 2009 bis 2012 wuchs die Zahl der in Krankenhäusern behandelten Zehn- bis 19-Jährigen von 310 auf 500 Patient\_innen.

## säumig

Mehrere Caterer von Schülern schlagen Alarm, weil die Schulbehörde ihnen seit Wochen Geld schuldet. Dabei geht es um Zuschüsse für Mittagessen an Schulen mit ganztägiger Bildung

und Betreuung aus dem Beteiligungs- und Teilhabepaket des Bundes, die über die Behörde abgerechnet werden. Teilweise belaufen sich die Außenstände auf sechsstellige Beträge. Grund für die Verzögerungen sind nach Angaben der Behörde technische Probleme bei der Umstellung vom Haushalts- und Rechnungswesen. In einigen Fällen sind die Folgen für die Lieferanten inzwischen existenzbedrohend.

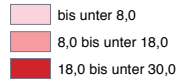
## hoffen

In den Konflikt um die tarifvertragliche Absicherung der etwa 200.000 angestellten Lehrer\_innen in Deutschland kommt Bewegung. In dieser Woche wird die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die gemeinsame Vertretung der Länder im öffentlichen Dienst, erstmals mit der GEW über eine sogenannte Entgeltordnung für diesen Personenkreis verhandeln. Bisher gilt für angestellte Lehrer\_innen zwar auch die Gehaltstabelle des öffentlichen Dienstes; sie haben jedoch als einzige Berufsgruppe keinen Tarifvertrag, der regelt, bei welcher Qualifikation und Tätigkeit für sie welche Gehaltsgruppe gilt. Das legen bisher die Länder vielmehr in eigener Hoheit fest.

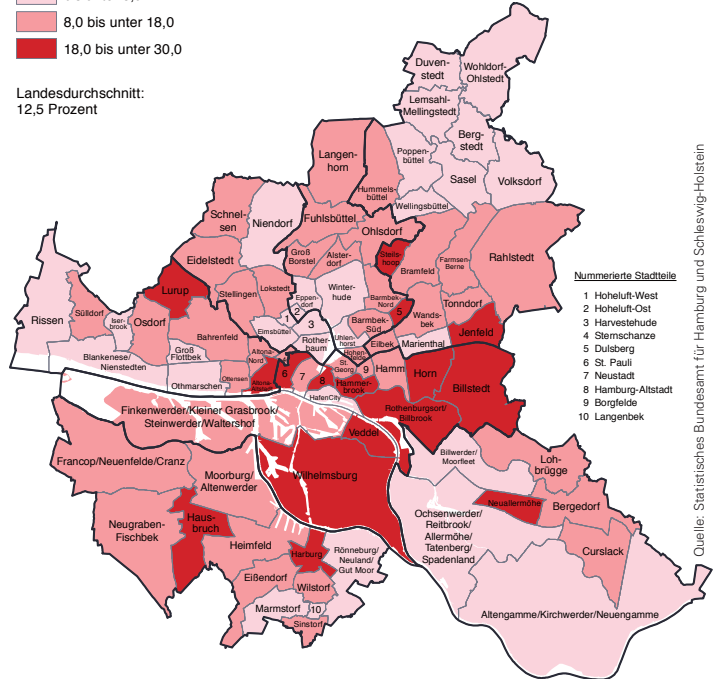
## arm und gebildet

Nahezu jede\_r zehnte Akademiker\_in verdiente 2012 nicht mehr als 9,30 Euro brutto in der Stunde. Hunderttausende, die jahrelang in ihre Bildung investiert haben, arbeiten zu Niedriglöhnen. Rund 8,6 Prozent der abhängig Beschäftigten mit einem Hochschulabschluss waren im vorletzten Jahr auf dem Niedriglohnssektor tätig. Das ist ein Anstieg um 13 Prozent. Grund dafür laut BA sind hauptsächlich die deutlich gestiegenen Absolutenzahlen.

## Anteil der Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Leistungen (mehrfach Hartz IV)

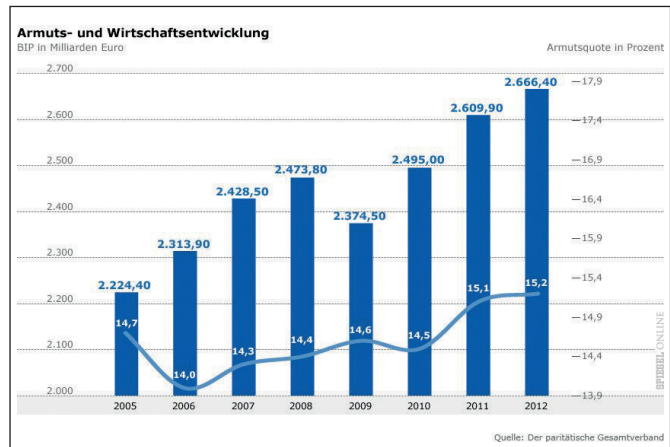


Landesdurchschnitt: 12,5 Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt für Hamburg und Schleswig-Holstein

**Viele Menschen haben Arbeit, können aber nicht davon leben. In Hamburg sind nach einer aktuellen Studie der Wohlfahrtsverbände 14,8 Prozent der Menschen von Armut bedroht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg zeigte sich bei Vorstellung seiner Studie am 19.12.2013 "zutiefst besorgt". Denn der vorgestellte Armutsbericht zeige, dass die Armutsquote in der Hansestadt trotz sinkender Arbeitslosigkeit und zurückgehender Hartz-IV-Quoten auf den höchsten Stand seit 2006 gestiegen sei. "Die wachsende Armut ist, trotz der scheinbar positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt, ein deutlicher Beleg für Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Viele Menschen haben Arbeit, aber immer weniger Menschen können davon leben", sagte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg.**



**Steigende Armut auch bundesweit trotz Zunahme des Sozialprodukts**